

Protokoll der Jahreshauptversammlung 2020 des Mehrgenerationenhauses Bückeberg e.V.
Veranstaltungsort: Hotel Restaurant Bad Hiddensersborn, Bornstr.19, 31715 Meerbeck-
Volkisdorf.

Datum: 20.07.2022

Beginn: 15:00 Uhr

Ende: 17:28 Uhr

Anwesend: siehe Anwesenheitsliste

Top 1. Eröffnung und Begrüßung durch die Vorsitzende

Die Vorsitzende, Frau Tarbiat-Wündsch, begrüßt die Teilnehmer.

Top 2. Benennung des Protokollführers

Da Herr Tarbiat sich verspätet, übernimmt bis zu seiner Ankunft, Herr Achim Japtock die Protokollführung. Ab 15:15 Uhr hat Herr Darius Tarbiat die Protokollführung übernommen.

Top 3. Überprüfung der Ordnungsmäßigkeit der Einladung

Die Vorsitzende wollte die ordnungsgemäße Einladung, sowie die Beschlussfähigkeit der Versammlung feststellen. Zu diesem Punkt der Tagesordnung gab es aber diverse Einwände und Diskussionsbedarf.

Frau Dr. Koslowski wendet ein, dass die Rechtmäßigkeit der Einladung aus verschiedenen Gründen nicht gegeben sei. Eine Mitgliedergruppe hatte Anträge zur Satzungsänderungen eingereicht. Diese wurden aber nicht in die Tagesordnung aufgenommen. Weiterhin wies sie darauf hin, dass der Einladung die eingereichten Änderungsanträge mit den entsprechenden Satzungstexten alt und neu gem. Vorschlag hätten beigefügt sein müssen.

Frau Tarbiat-Wündsch teilte mit, dass die Einreicher der eingereichten Anträge auf die satzungsgemäßen Anforderungen achten müssen, aber diese gerne erörtert werden könnten. Des Weiteren gab es Anträge auf Änderungen, die den Verlust der Gemeinnützigkeit mit sich gebracht hätten. Hierrüber müsste im Vorfeld erst gesprochen werden.

Weiterhin wird der angesetzte Versammlungstermin ebenfalls kritisiert, da er in die Sommerferien des Landes Niedersachsen fällt und berufstätige Mitglieder zu der angesetzten Uhrzeit möglicherweise verhindert seien.

Somit sei nach ihrer Schlussfolgerung die Tagungsordnung nicht ordnungsgemäß.

Herr Brützel ergänzt, dass nach seiner Meinung die Terminierung der Sitzung nicht gesetzeskonform sei und verwies dazu auf einen Leitfaden vom Bundesministeriums für Justiz. In diesem wird ausgeführt, dass Einladungen außerhalb der Ferien liegen sollten. Des Weiteren gäbe es dazu ein Urteil des Bayr. OLG.

Herr Brützel spricht sich für eine Vertagung der Sitzung aus, da seiner Meinung nach keine gültigen Beschlüsse gefasst werden könnten. Frau Breuer sagt, dass die Versammlung dann ja sinn frei sei, wenn Beschlüsse egal, wie sie auch ausfallen, hinterher wieder angefochten werden können.

Frau Tarbiat-Wündsch wies darauf hin, dass die Einladung mit dem Steuerberater und dem Anwalt abgestimmt sein und es keine Bedenken wegen der Ferienzeit gab.

Nach diesen Einlassungen gab es eine 15 min. Sitzungsunterbrechung. In dieser Zeit hielt Frau Tarbiat-Wündsch Rücksprache mit dem Steuerberater des Vereins, sowie mit einem Anwalt um die Problematik zu klären. Beide bestätigen, dass das Urteil keine Auswirkungen auf unseren Verein habe, da wir nicht mehr als 80 Mitglieder haben. Der zitierte Leitfaden hätte auch keinen gleichen Rang wie ein Gesetz.

Herr Brützel möchte protokolliert haben, dass Beschlüsse dann ggfs. anfechtbar sind. Vor einer etwaigen Abstimmung erklärt er ebenfalls, dass der Status der Stimme des TVB für ihn nicht klar sei und der TVB sich somit an den heutigen Abstimmungen nicht beteiligen werde.

Frau Tarbiat-Wündsch möchte protokolliert haben, dass Sie auf die Aussagen des Rechtsanwaltes und des Steuerberaters vertraut und die Sitzung stattfindet. Zudem seien fast alle stimmberechtigten Mitglieder vor Ort oder per Vollmacht vertreten.

Achim Japtok beantragt, aufgrund der kontroversen Diskussion, die Antragspunkte in der nächsten Sitzung zu behandeln. Die Abstimmung über diesen Antrag ergab ein Ergebnis von **46/0/4** (Dafür/Dagegen/Enthaltung) der Anwesenden.

Außerdem wurde kritisiert, dass das Protokoll der letzten Sitzung nicht mit der Einladung verschickt wurde. Frau Tarbiat-Wündsch äußerte dazu, dass das Protokoll auf der Homepage zu finden sei und auch wie bei allen in der Vergangenheit stattgefundenen Versammlungen auf der Sitzung ausgelegt wird.

Top 4. Feststellung der Stimmberechtigung

Der Verein MGH-Bückerburg e.V. hat zurzeit insgesamt 75 Mitglieder. (aufgeteilt in Fördermitglieder und ordentliche Vereinsmitglieder)

Anwesend waren **24** ordentliche Vereinsmitglieder. **26** ordentliche Mitglieder haben sich durch eine entsprechend vorliegende Vollmacht vertreten lassen. Somit waren insgesamt **50** stimmberechtigte Vereinsmitglieder vertreten.

Top 5. Feststellung der Beschlussfähigkeit

Die Beschlussfähigkeit gem. der Tagesordnung 2020 wurde mit

46/0/4 (Dafür/Dagegen/Enthaltung) Stimmen festgestellt.

Top 6. Bekanntgabe des Protokolls der letzten Jahreshauptversammlung

Das Protokoll wurde vor Beginn der Veranstaltung ausgelegt, bzw. durchgereicht. Einwände wurden nicht erhoben.

Top 7. Beschluss über die Tagesordnung

Die Tagesordnung wurde fristgerecht versandt. Die eingereichten Anträge zu Top 12 werden auf die nächste Versammlung vertagt. Damit ist die Tagesordnung ordnungsgemäß zustande gekommen.

Top 8. Bericht des Vorstandes mit Aussprache

Zu Beginn dieses Tagesordnungspunktes stellte Frau Tarbiat, Frau Ahlborn, als Vertreterin der finanzierenden N-Bank den Anwesenden vor. Den Mitgliedern wurde angeboten eine Schilderung der finanziellen Situation des Vereins aus Bankensicht zu erhalten, sofern dieses gewünscht sei. Dieses Angebot wurde von den Anwesenden gerne und vollumfänglich angenommen.

Frau Ahlborn stellt sich vor und berichtet über die damalige Situation rund um die Projektfinanzierung.

Das Gesamtprojekt, mit seinen 27 geförderten Wohnungen für Mieter mit Wohnberechtigungsschein wurde von allen Beteiligten als sehr wichtig eingestuft. Durch die Themenbereiche Inklusion und Integration am Arbeitsmarkt sowie die neuartige Verknüpfung verschiedener Bereiche wurde das MGH als Modellprojekt und förderwürdig eingestuft. Die Finanzierung konnte mit den Banken Volksbank OWL, der N-Bank, sowie durch Förderungen der Aktion Mensch und des Landesamtes für regionale Landesentwicklung realisiert werden.

Durch die hohen Baukostensteigerungen geriet die Finanzierung in einen nicht mehr ausreichenden Zustand. Nach mehreren Krisensitzungen wurden die Nachfinanzierungen genehmigt.

Der Kapitaldienst wird aus den Mieten der Wohnungen und den Einnahmen von den Gewerbeeinheiten inkl. stattfindender Veranstaltungen geleistet.

Der Monatliche Kapitaldienst bei den Banken beträgt ca. 18.000,- im Monat, bei laufenden Mieteinnahmen in Höhe von 16.700,- Das Gesamtprojekt steht somit finanziell nicht auf festen Füßen.

Die Beleihungswerte würden nicht ausreichend sein. Zusätzliche höhere Einnahmen sind als Sondertilgung an die Banken abzuführen. Das Projekt wäre fast in der Rohbauphase zum Scheitern verurteilt gewesen. Dazu kam noch erschwerend dazu, dass die Gewerbeflächen wegen Corona nur schlecht genutzt werden konnten.

Die Banken waren erleichtert, dass der Vorstand andere Einnahmequellen realisieren konnten. Zumal auch die Gewerbenmieter teilweise wegen der Coronasituation nicht überlebt hatten. Die mit dem Verein verflochtene gGmbH ist zudem der größte Mieter im MGH. Würde dieser ausfallen wäre die Gesamtfinanzierung nicht mehr sichergestellt. Mit anderen Worten, die gGmbH muss vielfältige Veranstaltungen durchführen, um die Personal- und Sachkosten zu decken.

Trotz aller Schwierigkeiten wurde der Zweck der Inklusion durchgeführt. Frau Ahlborn sei aus Bankensicht froh, dass alles bisher noch so gelaufen ist. Die Einnahmen von Neben- und Reinigungskosten für die Sportvereine reichen bei weitem nicht aus, um den Kapitaldienst zu bedienen. Frau Tarbiat-Wündsich teilte mit, dass der Verein verpflichtet wurde, jegliche, mögliche Mieterhöhungen durchzuführen. Dies trifft in erster Linie die frei finanzierten Wohnungen zu. Die Vergleichsmiete für derartige rollstuhlgerechte und barrierefreien Anlagen liegen durchschnittlich bei 9,25 € max. 10,20 €. Durch die Aktivitäten und Veranstaltungen musste Frau Tarbiat-Wündsich bisher noch keinen Gebrauch von der Erhöhung machen. Der Kapitaldienst konnte immer erbracht werden. Frau Ahlborn führte weiter fort, dass bankenseitig seinerzeit ein externer beratender Beirat wegen der gesamten Risikolage geplant war. Hierzu wurde auf der letzten Versammlung ein Vorratsbeschluss gefasst. Insbesondere auch zur Überwachung der Auflagen für den Verein. „Im Laufe der Zeit haben wir aber gemerkt, dass die Zusammenarbeit läuft und Frau Tarbiat Wünsch sehr engagiert daran arbeitet die Finanzierungslücken zu schließen.“ Momentan sieht die Bank daher keinen weiteren Bedarf für die anfangs angedachte Einrichtung eines beratenden Beirates.

Frau Dr. Koslowski bezweifelt, dass die kritische Situation alleine durch die Coronakrise ausgelöst sei.

Sie merkt dazu an, dass nach ihrer Meinung in diesem Zusammenhang das Kinderhotel keine ausreichende räumliche Größe hätte, um den Bestimmungszweck zu erfüllen. Würde die Einrichtung als Kindergarten betrieben werden, könnten beispielsweise deutlich höhere Einnahmen erzielt werden.

Frau Tarbiat-Wündsich erwidert, dass es sich um eine genehmigte Kindergrößtagespflege handelt. Ein weiterer Bedarf für Kindergartenplätzen war in der Gemeinde nicht vorhanden.

Ein weiterer Kritikpunkt von Fr. Dr. Koslowski betrifft die Räumlichkeiten der angedachten Physiotherapiepraxis. Hierfür seien die vorgesehenen Räumlichkeiten nicht ausreichend. Frau Tarbiat-Wüdsch erwiderte, dass die Wände der Physiotherapiepraxis in Leichtbauweise erstellt sind und nach Bedarf verschiebbar sind.

Es gab eine Rückfrage von Herrn Totz bezüglich der Flüchtlinge. Er wollte wissen, wie es dazu kam und wer der Initiator der Flüchtlingsaufnahme war. Es wird moniert, dass die Mieter nicht rechtzeitig informiert worden waren. Frau Dr. Koslowski bemerkt dazu, dass sie gerne gefragt werden würde, wenn in ihre Rechte eingegriffen werde.

Frau Tarbiat Wüdsch verweist auf die Aushänge im MGH (schwarzes Brett, wie von den Bewohnern gefordert), sowie auf die Darstellungen auf der Website und über Facebook. Nachdem immer mehr Flüchtlinge über private Organisationen oder auch einfach so vor der Tür des MGH standen, habe sie sich an den Landkreis gewandt, um nach Hilfe /Unterstützungsmöglichkeiten bei der Flüchtlingsbetreuung zu fragen. Hier ging es auch um die Eignung des Multifunktionsraums, als GU, um mehr Menschen zu helfen. Mitarbeiter des Landkreises sind zu einem Ortstermin gekommen und haben die Räumlichkeiten überprüft und als GU (Gemeinschaftsunterkunft) geeignet erklärt. Daraufhin wurden Verträge für die Unterbringung und Verpflegung der ukrainischen Flüchtlinge unterzeichnet.

Frau Tarbiat-Wüdsch weist die Mitglieder darauf hin, dass wir damit unsere satzungsgemäßen Zwecke erfüllen und dies im Übrigen auch unseren Werten entspricht.

Dagmar Lindemann fragt nach, was passieren würde, wenn der Kapitaldienst nicht reicht.

Frau Ahlborn führt dazu aus, dass die Konsequenz ein Notverkauf oder eine Zwangsversteigerung wäre. Bei dieser würde dann auch die Zweckbindung entfallen und die Mietpreisbindung nach einer Übergangsfrist auslaufen. In der Folge würden diese Wohneinheiten dann wie freifinanzierte Wohnungen behandelt werden.

Das Problem besteht aus der hohen Nachfinanzierung von 2,6 Mio €. Der Gesamtfinanzierungsrahmen beläuft sich auf 10,5 Millionen Euro.

Aus dem Plenum wird gefragt, welche Alternativen es gibt, wenn die Flüchtlinge weg sind. Aufgrund der Coronalage besteht auch für das Thema Veranstaltungen nach wie vor eine schwierige Situation. Frau Tarbiat ergänzt das es aber auch viele Anfragen für Feiern und andere Veranstaltungen gibt und der Betrieb derzeit umstrukturiert wird.

Frau Breuer fragt, warum keine monatlichen Treffen mehr möglich sind.

Sie führt dazu aus, dass sie sich nicht gut dabei fühlt, wenn sie als Einzelne noch Fragen im Büro stellt. Die gegebene Information dann aber nicht für alle ersichtlich ist.

Frau Tarbiat Wüdsch erwidert, dass Vereinstreffen jederzeit möglich seien und sie selbst dabei sein wird, wenn ihre Zeit es erlaubt. Der Vorstand ist täglich im MGP und hat auch oft am Abend und an den Wochenende Termine und Veranstaltungen sowie Vorträge. Sie merkt an, dass auch sie eine Familie habe und daher nur sporadisch zu Treffen kommen kann. Die Honorare wurden bisher immer dem e.V. gespendet und das Benzin aus eigener Tasche bezahlt. Eine Aufwandsentschädigung gibt es ebenfalls nicht.

Die Mieter monieren unzureichende Rückmeldung zu den eingereichten Themen und Fragen. Die Teilnehmer des Nachbarschaftstreffens haben zum Beispiel bezüglich der Nebenkostenabrechnung weiteren Klärungsbedarf. Der Gemeinschaftsraum für Flüchtlinge läuft zum Beispiel über den Allgemeinstrom – wer trägt die entstehenden Kosten?

Frau Tarbiat-Wüdsch erklärt, dass durch Flüchtlinge verursachte Kosten durch den Landkreis getragen werden. Dies wurde den Mietern auch bereits nach dem 1.

Bewohnertreffen mitgeteilt. Eine weitere und erneute Antwort würde genauso ausfallen. Eine weitere Frage betrifft die Nutzungsmöglichkeit der verschiedenen Räumlichkeiten im MGH.

Frau Tarbiat-Wüdsch erklärte, dass die Gemeinschaftsräume wie vereinbart zur Verfügung stehen, sobald die Flüchtlinge das MGH wieder verlassen haben. Die Räume wurden sehr selten von Bewohnern genutzt (1 ½ Jahre lang). Bei dem Vereinstreffen während der Bauzeit haben sich die Mitglieder dafür entschlossen, wie externe Kunden behandelt zu werden. Hintergrund: Hätte jeder Bewohner einen Schlüssel erhalten, hätten auch alle Bewohner gemeinschaftlich bei Verlust/Reinigung/Reparatur/Diebstahl u.a. Gegenständen gemeinschaftlich gehaftet. Werden sie wie externe Kunden behandelt, haftet der, der den Schlüssel übernimmt. Es wird ein Übergabeprotokoll gefertigt und der Schlüssel wird durch das Büro ausgegeben.

Axel Quellhorst fragt nach, ob es sich bei der heutigen Veranstaltung um eine Mieter- oder eine Vereinsversammlung handelt. Antwort: Vereinsversammlung

Eine weitere Frage bezog sich auf die Tätigkeit des Hausmeisters/Gärtners. Die Stunden seien nicht ausreichend.

Frau Tarbiat-Wüdsch erinnerte an die letzte Mieterversammlung im Multifunktionsraum. Hier wollten die Mieter nicht mehr als je 10 Std. pro Woche für den Gärtner und den Hausmeister festlegen. Zum Hausmeister sollte ein Gärtner auf 450,- € Basis dazukommen. Alle nicht abgedeckten Arbeiten im Garten wollten die Bewohner übernehmen.

Herrn Totz fehlt die Transparenz, wer sich beteiligt und wer nicht? Frau Tarbiat-Wüdsch teilte mit, dass die Beteiligung freiwillig sei und es keine Verträge oder Verpflichtungen für Mieter zur Mithilfe gebe. Es besteht die Frage wie die Kosten verteilt werden. Frau Tarbiat-Wüdsch teilt zu der Anfrage mit, dass es zur Nebenkostenabrechnung ein Stundenprotokoll geben wird. Alle weiteren Fragen zu den Nebenkosten werden erläutert, wenn dies fertig ist. Hier wird es ein Treffen im Multifunktionsraum oder im Saal der Kirchengemeinde geben.

Frau Tarbiat-Wüdsch teilte den Bewohnern mit, dass sie es für sehr bedenklich hält, wenn die Bewohner, andere Bewohner aus der Zielgruppe mit kognitiven und seelischen Beeinträchtigungen Protokolle und Anträge unterschreiben lassen würden. Hier wäre zu hinterfragen in wie weit diese Personen sich der Tragweite ihrer Unterschriften bewusst waren.

Herr Brützel fordert alle Beteiligten auf, das direkte Gespräch zu suchen um derartige Anträge klarzustellen und für alle Beteiligten eine klare Sicht zu bekommen.

Frau Breuer spricht sich für eine Delegation von Einzelthemen aus. Teildelegation sind gem. Frau Tarbiat-Wüdsch bereits erfolgt. Frau Wente steht den Bewohnern im Rahmen der Bürozeiten nach Terminvereinbarung selbstverständlich zur Verfügung. Sie betreut die Konten des e.V. Eine Teildelegation von Einzelthemen ist auf Grund der großen Verantwortung für das Modellvorhaben derzeit nicht möglich.

Frau Ahlborn regt an bei einzelnen neuen Aktionen die Mieter informativ etwas mehr mitzunehmen.

Frau Tarbiat Wüdsch hebt hervor dass es sich beim MGH um ein Modellprojekt und nicht nur um ein reines Wohnprojekt handelt.

Herr Totz merkt an, dass aus seiner Sicht das Verhältnis der verschiedenen Mietergruppen gewahrt bleiben sollte. „Wir haben Inklusion, wir haben Flüchtlinge und bei den Mietern besteht aus seiner Sicht ein ungleiches Verhältnis der Mietergruppen.“ Das Projekt würde sich zu einem sozialen Brennpunkt entwickeln. Frau Tarbiat-Wüdsch widersprach dem.

Frau Dr. Koslowski fragt, warum der im Konzept enthaltenen Dorfhelfer/Kümmerer noch nicht installiert ist? Sie hätte das Konzept durchgearbeitet und weist auf die darin ausgewiesene Position hin. Die Mietergemeinschaft benötigt, nach Ihrer Einschätzung, diese Funktion ganz dringend. Wenn Gemeinwesenarbeit und Quartierswesen nicht ordentlich begleitet wird bestünde die Gefahr, dass die gewünschte Kultur im Projekt nicht abgebildet wird. Die Entscheidung einzuziehen war durch das Gesamtprojekt geprägt. Der Kümmerer war für sie ein wichtiger Bestandteil.

Frau Tarbiat Wüdsch entgegnet, dass der Vorstand sich bereits um eine diesbezügliche Förderung bemüht hatte, ein Förderantrag wurde aber abgelehnt. Eine umlagefinanzierte Einrichtung dieser Position ist für die meisten Mieter finanziell nicht tragbar. Sie wäre gem. Mietvertrag möglich, aber würde zu viel zu hohen Nebenkosten führen. Daher wird diese Position erst installiert, wenn die finanziellen Mittel vorhanden sind.

Darius Tarbiat ergänzt, er würde sich wünschen, dass die von Frau Dr. Koslowski initiierten Treffen nicht allein dazu genutzt würden, um Aufzählungen zu erstellen was in den Augen der Teilnehmer alles nicht gut läuft, bzw. was noch alles fehlt. Er würde sich wünschen, die Zeit und das know how würde beispielsweise dazu genutzt werden, um z.B. Fördergeber zu suchen, die derartige Positionen fördern und dann entsprechende Förderanträge auszuarbeiten. (Die Einreichung erfolgt über den Vorstand). Gleiches gilt im Übrigen auch für die Position E-Auto. Die Beschaffung eines solches Fahrzeug sei weiterhin ebenfalls Projektziel.

Allerdings wurde auch nicht versprochen, bereits zum Einzug ein „Rundumsorglospaket“ für die Bewohner bereitzustellen. Die finanzielle Situation des Vereins sollte nach dem heutigen Tag für alle etwas klarer geworden sein. Bezüglich der Carports, der Ladestation und des E-Autos gibt es aber eine Absichtserklärung seitens Herrn Hartmann, der diese Dinge bereitstellen will. Mit Blick auf die wirtschaftliche Auslastung von Handwerksbetrieben ist aber auch hier noch kein endgültiger Umsetzungszeitpunkt bekannt.

Frau Tarbiat Wüdsch berichtet anschließend anhand des Tätigkeitsberichtes über die wahrgenommenen Termine.

Top 9. Bericht der Revisoren

Frau Wente berichtet über die von ihr und Herrn Freutel durchgeführten Prüfungen. Die ordnungsgemäße Führung der Belege und der Buchungen wurde von beiden bestätigt.

Sämtliche Einnahmen laufen über die Konten. Diese werden 3fach geprüft, inkl. der Banken, N-Bank und Volksbank, sowie vom Steuerberater. Die Volksbank sieht als vereinskontoführende Bank jede Kontenbewegung und prüft dabei, ob zusätzliche Tilgungsleistungen abgezogen werden können.

Der Bericht der Revisoren liegt bei.

Frau Wente empfiehlt die Entlastung des Vorstandes.

Top 10. Entlastung des Vorstandes

Der Vorstand wird mit 46/0/4 (Dafür/Dagegen/Enthaltung) entlastet.

Top 11. Bekanntgabe des Mitglied-Jahresbeitrags 2022

Aufgrund der wirtschaftlichen Gesamtsamtsituation erklärt der Vorstand auf eine eigentliche geplante moderate Beitragserhöhung zu verzichten.

Herr Brützel weist darauf hin, dass der Vorstand nur ein Vorschlagsrecht bezüglich einer Beitragserhöhung hätte. Über diesen Vorschlag müsste dann die Versammlung abstimmen. 46/1/3 (Dafür/Dagegen/Enthaltung)

Er schlägt zudem vor, anlog der Vorgehensweise des TVB, Flüchtlinge und Sozialhilfeempfänger beitragsfrei zu stellen. Frau Tarbiat-Wündsch entgegnet, dass das für den TVB durchaus möglich ist, weil er Zuschüsse von der Gemeinde erhält, der MGH Bückeburg e.V. erhält dagegen derartige Zuschüsse nicht.

Top 12. Anträge (postalisch einzureichen bis einschließlich 15. September 2022)

Vertagt auf den 04.11.2022

Top 13. Ehrungen

Frau Tarbiat-Wündsch bedankt sich bei Axel und Andre und bei der Familie Freden für deren Einsatz im Projekt und auch bezüglich des Engagements bei den Veranstaltungen. Helmut Freden bittet bei dieser Gelegenheit um einen Zuschuss für die Winterfütterung der Bienen. Dagmar Lindemeier händigt ihm spontan 50 Euro als Spende aus. Besonderer Dank gilt Ralph Spitzner der buchstäblich als „Mädchen für alles“ die Vorsitzende in besonderer Weise unterstützt.

Frau Tarbiat Wündsch erklärt diesen Personenkreis demnächst zu einem Essen in das Restaurant einzuladen.

Top 14. Verschiedenes

Keine weiteren Themen.

Top 15. Abschluss

Die Sitzung wird um 17:28 geschlossen.

17:28 Pause vor dem 2. Teil.


Mehrgenerationenhaus
Bückeburg e.V.
Georgstr. 8
31676 Bückeburg

Unterschrift Manuela Tarbiat-Wuendsch
Vorsitzende



Darius Tarbiat
Protokollführer